



Schwere Feuerarbeit noch meist die zweifelhafte Schicht bilden. Er glaube zu diesem Punkte umsonst herbeizutreten zu sein, als über 100 000 wirtschaftliche Bergleute und Metall- und Hüttenarbeiter Deutschlands der Gesellschaft für soziale Reform angehören. Für die Textilindustrie müsse der Achtstundentag ins Auge gefasst werden. In den genannten Industrien seien in allen Ländern starke Arbeiterorganisationen vorhanden, welche den Bestrebungen zur Verkürzung der Arbeitszeit einen mächtigen Hintergrund geben.

Goldschmidt, Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, erklärt sich mit Giesberts einverstanden.

Meyerand (Frankreich) greift die Anregung Giesberts auf und bezeichnet als nächst zu erstrebendes Ziel der Arbeitszeitbewegung den Achtstundentag der Bergleute und den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen. In der Diskussion sprach noch Professor Brentano, der vor allen Dingen eine Feststellung der Wirkungen der verkürzten Arbeitszeit auf die Produktion und die Fortschritte der Technik wünscht, und Arbeitersekretär Grentlich, der einen Vorwurf Goldschmidts bezügl. der Tätigkeit der schweizerischen Arbeiterorganisationen in Arbeitszeitfragen zurückweist. Die Resolution wurde einstimmig mit lebhaftem Beifall angenommen.

**Die Heimarbeit.**

Das Referat zu dieser Frage hat Grentlich (Schweiz) und Lavrain (Frankreich). Grentlich gibt persönlich die Erklärung ab, daß es ihm in Zukunft kaum möglich sein werde, der F. B. anzugehören, weil die Versammlung das von der Schweiz bestrittene Misstrauensvotum gegen die Staaten, welche die Verträge der Berner Konferenz nicht unterzeichnet haben, ablehnten. Er mußte dies erklären, um den Angriffen draußen im Lande seitens seiner Freunde zu begegnen.

In der Diskussion spricht zuerst Herr Gewerbetat Wittmann-Mannheim für die Ausdehnung des Registrierzwanges auf die von den Heimarbeitern selbst beschäftigten Kinder und sonstigen Familienangehörigen. Ferner, daß neben den Stillschließungen auch die Preise der Futururen und Arbeitsmaterialien, welche der Arbeitgeber den Heimarbeitern liefert, auf dem Arbeitszettel angegeben werden. In der Diskussion beteiligten sich noch Müllerand, Pfarrer Weber, P. Koch und Tischendorf. Letzterer wendet sich gegen die Ausführungen Grentlich's und betont, daß die deutschen Vertreter von Arbeiterorganisationen für sich in Anspruch nehmen, konsequente Arbeitervertreter zu sein, aber die Beschlüsse der Versammlung sehr wohl vertreten können. Die Resolution wird schließlich in folgendem Wortlaut angenommen:

Die internationale Vereinigung hält dafür, daß die in der Hausindustrie bereits nachgewiesenen Uebelstände ein Eingreifen der Staatsgewalt notwendig machen.

Sie ersucht die nationalen Sektionen:

A. Von ihren resp. Regierungen geeignete Maßnahmen zu verlangen, durch welche für den Arbeitgeber (Verleger und Zwischenhändler) die Verpflichtung ausgesprochen wird:

1. Ein Verzeichnis der von ihnen außerhalb ihrer Betriebswerkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu führen und den Behörden einzureichen;
2. jeder der beschäftigten Personen bei der Auftragserteilung einen Zettel mit genauer Angabe des Stücklohn und der Preise, zu denen der Arbeiter die Futururen und Arbeitsmaterialien liefert, auszufertigen und in den Räumen, in denen die Ausbezahlung des Lohnes stattfindet, den im Geschäft im Verbrauch stehenden Lohnkarten anzufertigen.

B. Die Ausdehnung der Gewerbe- und Fabrikinspektion, sowie der sozialen Versicherungen auf die Heimarbeiter anzufragen.

C. Sowohl im öffentlichen als im Interesse des Arbeiters strengste Anwendung der allgemeinen sanitarischen Vorschriften und Besetze auf ungesunde Wohnräume, in denen die Heimarbeit ausgeübt wird, zu verlangen und den Erlass derartiger Bestimmungen zu bewirken, wo sie noch nicht bestehen.

D. Die Bildung und Tätigkeit von Berufsorganisationen, Kassenvereinen usw. anzuregen und zu fördern.

Ferner soll eine Anregung Grentlich's und P. Koch's stattgegeben werden, daß durch das Arbeitsamt festgestellt wird, welche Arten von Heimindustrie für den internationalen Markt in Betracht kommen und wie sich die Absatzgebiete der einzelnen Länder gestalten. — Das wesentliche an dem vorstehenden Beschlusse ist, daß man von weiteren Erhebungen über die Zustände in der Heimindustrie abgesehen anstatt dessen Richtlinien für den Heimarbeiterschutz festgestellt hat.

**Versicherung der ausländischen Arbeiter.**

Die Frage beschäftigt die F. B. zum zweitenmal. Sie ist ungemein schwierig, weil die Arbeiterversicherung in den verschiedenen Ländern so ungleich geregelt ist. Nichtsdestoweniger ist ein entscheidender Fortschritt insofern zu verzeichnen, als Spezialverträge über die Handhabung der Versicherung seit der letzten Versammlung in größerem Maße abgeschlossen sind. Das Referat hierzu hat Dr. Feigenwinter-Schweiz. Das ohne Debatte angenommene Resolutions lautet:

Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz ermahnt den Bericht der verschiedenen nationalen Sektionen, daß durch eine Verständigung der Staaten der Grundriss der Gleichberechtigung der Ausländer und Inländer in bezug auf die Leistungen der Versicherungen durchgeführt werden kann.

Sie fabelt daher die Sektionen ein:

1. der nächsten Delegiertenversammlung den Entwurf eines internationalen Vertrages zunächst in bezug auf die Unfallversicherung vorzulegen, der dieses Prinzip zur Durchführung bringt sowohl mit Beziehung auf die Versicherungsleistung als die Bedingungen für deren Gewährung;

2. bis zur allgemeinen Ausarbeitung des Grundrisses der Gleichberechtigung im internationalen Rechte auch fernerhin im Sinne der Durchsicht der verschiedenen nationalen Gesetzgebungen wie durch internationale Beiträge zu sichern;

3. bis zur nächsten Delegiertenversammlung zu berichten, in welcher Weise die Gesetzgebung ihrer Heimatstaaten abgeändert bzw. neu geschaffen werden sollte, um dem oben festgestellten Grundriss zu entsprechen.

In Paris ist in der Sektion eine Kommission zu diesem Zwecke gebildet. Man hat damit einen Antrag der Italiener und Franzosen erfüllt.

Damit war die jährliche Tagesordnung erschöpft. Abends fand ein Festbankett am Einlass des Generalsekretärs im Hotel des Baudouin statt. Die freundliche Aufnahme und Aufmerksamkeit, welche die F. B. seitens der Behörden von Genf entgegen hat, sei auch hier ausdrücklich erwähnt.

**Wirtschaftliche Bewegung.**

Der Antrag auf Zulassung in der Baugewerkschaft sind fast umgehend einzuführen. Die Kosten der Zulassung sind in den meisten in Klammern beigefügt.

„Aber man geht zu weit und nützt nicht, sondern schädigt unsere Bewegung, wenn man, wie es vielfach geschieht, alles bisher Geschaffene, das doch unser Werk ist, das Werk der Sozialdemokratie, deren Ringen undämpfen und Drängen und Schieben in letzter Linie doch alles zu danken ist, wenn man das alles, womit wir zeigen können, was wir bisher zustande gebracht haben, verkleinert oder als ein wertloses Nichts hinstellt. Die Massen der Arbeiter urteilen ja auch ganz anders und beweisen dies dadurch, daß sie sich uns anschließen und in unserer Bewegung ihr Heil suchen. Wenn wir in den vierzig Jahren den Arbeitern nichts als Worte und Versprechungen geboten hätten, wären wir nicht die große Macht geworden. Wir haben den Arbeitern etwas Positives geboten, etwas für sie geschaffen, ihre Lebenslage verbessert. Dies erkennen die Arbeiter tagtäglich mehr und mehr, und deshalb strömen sie in unsere Reihen! Zeigen wir daher auch den Arbeitern — bei aller Kritik! — immer und immer wieder, was wir bisher schon zu schaffen vermochten, daß das, was für sie geschehen ist, unser Werk ist — und nicht das der Gegner!“

Daß diese „positive“ Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Sozialreform bis auf einige Kleinigkeiten in der Ablehnung der heute bestehenden sozialpolitischen Bestimmungen und Einrichtungen bestanden hat, diese Kenntnis sollte man doch wenigstens von einem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten verlangen können! Oder erscheint ihm das arbeiterfeindliche Verhalten seiner Fraktion für die Agitation so lästig, daß er die Zeit für gekommen hält, aus schwarz weiß zu machen? Im übrigen registrieren wir mit Genugtuung die Zurückweisung der sozialdemokratischen Taktik durch den „Genossen“ Fischer, „alles bisher Geschaffene“ — das allerdings nicht, wie Fischer fälschlich in sozialpolitischer Beziehung behauptet, der Sozialdemokratie, sondern wesentlich des Zentrum's Wert ist — zu „erkleinern oder als ein wertloses Nichts“ hinzustellen.

Aus der Theorie des Sozialismus reißt einen weiteren Baustein Eduard Bernstein in einem Artikel: Vorfragen einer sozialistischen Theorie der Gewerkschaftsbewegung in der Oktobernummer der „Sozialistischen Monatshefte“. Er bespricht hier die Möglichkeit der Verwirklichung eines „praktischen Ziele der Sozialdemokratie, nämlich der „Beseitigung des Systems der Lohnarbeit“ und kommt hier bezüglich der Aufgaben der Gewerkschaften zu folgendem Resultat:

Nicht dem System der Lohnarbeit gilt der Kampf, denn das ist eng mit dem Wesen der arbeitsteiligen Volkswirtschaft verbunden, auf dessen große Vorteile die Menschheit nicht wird verzichten können. Worauf der Sinn gerichtet sein muß, und worauf er denn in der Praxis immer mehr sich richtet, das ist die Fortentwicklung des Systems der Lohnbestimmung. Das Arbeitsverhältnis bleibt im wesentlichen Lohnverhältnis, gleichviel ob die Arbeit im Auftrage von privaten Unternehmern, von Kommunalverwaltungen oder von Staatsanstalten verrichtet wird. Aber das System der Lohnbestimmung, die Methoden der Lohnberechnung, das ganze Rechtsverhältnis des Arbeiters in der Arbeit, das sind Dinge, die schon heute immer mehr kollektiven Charakter annehmen, respektive kollektiver Festsetzung und Überwachung unterliegen, und diese kollektive Regelung immer mehr im Sinne eines ganzen Arbeitsrechts zu entwickeln, das den Arbeiter gegen Lohnraub beim Entgelt der Arbeit, gegen Willkür und Güntlingswirtschaft bei Aufnahme und Lösung des Arbeitsverhältnisses sichert, das ist ein Stück sozialistischer Arbeit, das zwar nicht ausschließlich von den Gewerkschaften verrichtet werden kann, das aber doch im wesentlichen ihnen zufällt, für dessen Verwirklichung sie unentbehrlich sind, und das ihnen auch für die Zeit noch Funktionen zuweist, wo die kapitalistische Herrschaft ihr Ende gefunden haben wird.

Mit der Beseitigung des Systems der Lohnarbeit“ ist es nach Bernstein auch im Zukunftsstaat also nichts!

**Bekanntmachung des Vorstandes.**

Sterbunterstützung für verfallene Mitglieder oder deren Ehefrauen zahlt der Verband nach einer ununterbrochenen Beitragsleistung von mindestens 40 Wochen. Anträge auf Unterstützung müssen innerhalb 6 Wochen nach erfolgtem Tode gestellt werden.

Unterstützung darf nur auf Anweisung des Vorstandes ausgezahlt werden.

Bei Anträgen auf Unterstützung ist das Mitgliedsbuch, sowie eine amtlich beglaubigte Sterbendeurkunde an den Vorstand einzuführen, ferner muß die Todesursache mitgeteilt werden.

Krankenunterstützung zahlt der Verband an alle Mitglieder, sofern dieselben mindestens ununterbrochen 80 Wochenbeiträge geleistet und von einer reichsgesetzlichen Krankenkasse Krankengeld beziehen und zwar noch acht Krankentage an.

Unterstützungen dürfen nur auf Anweisung des Vorstandes ausgezahlt werden.

Bei Anträgen auf Unterstützung ist das Mitgliedsbuch, sowie eine ärztliche oder von der Krankenkasse ausgestellte Bescheinigung an den Vorstand einzuführen. Auf dieser Bescheinigung muß die Art der Krankheit, sowie deren Beginn und Ende angegeben sein.

Der Anspruch auf Unterstützung muß innerhalb sechs Wochen erhoben sein.

Geldsendungen sind nur an den Hauptkassierer Fr. Jacob, Berlin O. 17, Radersdorferstraße 60, zu richten.

NB. Die Gekker für Inserate in der „Baugewerkschaft“ sind fast umgehend einzuführen. Die Kosten der Inserate sind in den meisten in Klammern beigefügt.

**Wirtschaftliche Bewegung.**

Zugang von Maurern und Bauhilfsarbeitern ist fernzuhalten von Augsburg, Weimar (Streich), Braunschweig (Auslieferung), Weiskopf (partielle Streik). Die Stützfazette hawer Frei-Verker verhängt in M. Gladbach, Rheid und Mülhausen i. Elg. Die Tagelöhner streiken in Braunschweig. Gessert sind in Epladen für Maurer die Gesandte Hans, Pohler und Rheid. In Weimar ist auch Zugang der Zimmerer fernzuhalten. In Köln a. Rh. streiken die Plattenleger.

**Bezirk Bochum.**

Beitrag Endlich ist es uns gelungen, einen Arbeitsvertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Jeder konnte es dieses Jahres nicht eingehen, bei dem, welchen wir im nächsten Jahre den Unternehmern unterbreiten wollen, ganz durchzuführen. Die Schuld daran lag an der schlechten Konjunktur im Frühjahr, und weil es den Unternehmern gelungen war, zwei Kolonnen Arbeiter zu rekrutieren. Wenn wir uns in beiden Verhandlungen im Frühjahr von den Unternehmern herausgelassen, so wäre selbst schon mit an den niedrigen Löhnen, die wir hätten die Jahre jetzt schon viel günstiger sein können, wenn wir uns im Jahre 1902, als hier die erste Rohstoffe-Preiskrise ausbrach, nicht zurückgezogen hätten. Wenn wir uns aber bewußt weigern, so haben wir jetzt schon

auf einen Stundenlohn von mindestens 48 Pf. Dieses ist beste Maßnung an die hiesigen Kollegen; ohne auf den gewöhnlichen Vertrag zu sehen, forge ein jeder dafür, daß kein Unorganism mehr am Werke ist. Der mit den hiesigen Unternehmern geschlossene Vertrag bringt uns die 10/11stündige Arbeitszeit 1. Oktober d. J. für Maurer und Zimmerer einen Stunde von 46 Pf. für Bauarbeiter von 38 Pf. Sonntagsarbeit mit 100 Proz., Nacharbeit mit 25 Proz. Zuschlag bei für Junggefallen im ersten und zweiten Gefellenjahre liegt der Lohn der freien Vereinbarung, die in 14 Tagen erfolgen muß. Die Lohnzahlung ist 14tägig usw. Der Vertrag läuft bis 1. April 1903. Kündigung ist ausgeschlossen.

**Bezirk Köln.**

Madebormwald. Die eingereichte Lohnforderung hat gutes Resultat erlangt, indem durch gegenseitige Verhandlung am 13. Oktober in Anwesenheit des Kollegen Breuß aus Eifel folgendes vereinbart wurde. Der Mindestlohn beträgt von ab bis 31. März 1907 50 Pf., vom April 1907 bis 31. 1909 55 Pf. pro Stunde. Für Hilfsarbeiter in der Zeit 8 Pf. weniger pro Stunde. Vorher schwankte der für Maurer zwischen 42 und 48 Pf., für Hilfsarbeiter zw. 30 und 38 Pf. Auch die Arbeitszeit ist um eine Stunde ge und beträgt jetzt 10 Stunden. Ein schöner Erfolg für eine Stelle, die kaum drei Monate gegründet ist; es gilt aber jetzt den letzten Bauarbeiter in unsre Reihen zu ziehen, und auch die getroffenen Vereinbarungen durchgeführt werden.

Der Streik der Stukkateure in Remscheid ist am 10. D beendet. Der dreiwöchentliche Kampf hat dazu geführt, Arbeitgeber zu überzeugen, daß es notwendig sei, sich mit Arbeitern zu verständigen, wenn man wieder den Frieden wolle. Die Verhandlungen, welche unter der Leitung des stehenden des Vereins selbständiger Stukkateure und Bildhauers Rheinland, Herrn Grandenath-Düsseldorf, stattfanden, ten nach zirkul fünfständiger Verhandlung zu folgender legung des Tarifs: Der Tarif hat Geltung für Remscheid, Bermerfeldkirchen, Monsdorf und Büttinghausen. Dauer des zwei Jahre. Die Arbeitszeit ist eine 9/11stündige. Ueberw werden mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 zeit Zuschlag vergütet. Am Tage vor Ofsen und Pfingsten um fünf Uhr Feierabend ohne Lohnabzug. Der Lohn für ständig arbeitende Stukkateure beträgt jetzt 64 Pf., ab 1. 1907 66 Pf. und ab 1. Oktober 1907 67 Pf. pro Stunde. Zahlungen alle 14 Tage Freitags vor Feierabend. Abschlag ungen an den dazugehörigen Freitagen. Weiter sind Vergütungen für auswärtige Arbeiten festgelegt worden. mit wäre auch in Remscheid ein grundlegender Tarif gesch Wenn man allerdings einen Vergleich zwischen Remscheid dem benachbarten Solingen zieht, so haben doch die Soli Kollegen mehr auf friedlichem Wege erreicht, als wir in Remscheid durch Streik. Während nun Genosse Dienthal in Soli die Vereinbarungen, welche unsere Kollegen getroffen, als als überhaupt keine Verbesserungen hinzustellen versuchte, er sich in Remscheid ab, das Erzeugnisse (obgleich eben weniger als in Solingen) als einen großen Erfolg hingul Das liegt eben daran: In Solingen kamen 30 grüßliche legen und 3 freie, in Remscheid 10 christliche und 28 freier stierte Kollegen in Betracht. Das erklärt alles andere. aber doch notwendig, den „Judasstreik“, welchen die Gen in Remscheid verübten wollten, unseren Kollegen zur Kenn zu bringen. Am 9. Oktober war Genosse Dienthal in Remscheid mit einem Mitglied seiner Streikleitung bei dem stehenden der Arbeitgeber, Herrn Stiefelhagen, vorstellig gewo zweis Verhandlungen. Als dieselben zurückkamen, fragte Streikleiter, was es gegeben habe, worauf ihm der Genosse klärte, der Arbeitgeber habe gesagt: Sie wollen nur mit D thal verhandeln, die Christlichen seien hundertmal schlim als die Sozialdemokraten; die Verhandlungen fänden am 10. tober abends statt. Unsern Kollegen war die Sache verda vorgerkommen, er trat deshalb am 10. Okt. morgens an Stiefelhagen heran und eruchte um Aufschub. Da wurde dann erklärt, das Gegenteil sei der Fall, man solle auch der christlichen Organisation Mitteilung machen. Die Verhandlung fand am 11. Uhr in Hier hat sich wieder mal die „Verräterei“ in krasserst gezeigt, hier waren beide Organisationen geschlossen im Kampf getreten und doch wollte man die christlichen Kolli ausschalten, wie man es in Mülhausen gemacht hatte. Christlichen hatten aber nicht geschlafen; denn auch der Streikler Kollege Hänschen war zeitig in Remscheid eingetro und hatte ebenfalls an den Verhandlungen teilgenommen werden uns aber fragen müssen, ob wir in Zukunft noch derartigen Elementen zusammen arbeiten können. Und werden unsere Lehre daraus ziehen, und man soll uns aber keinen Vorwurf machen, wenn wir gleiches mit gete vergeten, wozu uns schon häufig Gelegenheit geboten wir aber stets ehrlich gehandelt haben.

**Bezirk Wosen.**

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

**Bezirk Wosen.**

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

**Bezirk Wosen.**

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

**Bezirk Wosen.**

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

**Bezirk Wosen.**

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

**Bezirk Wosen.**

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

**Bezirk Wosen.**

Streik. 11. Oktober. Auf Drängen der „Freier“ wurde hier gestern abend der Streik abgebrochen, ohne daß Erfolg vor der Hand zu verzeichnen ist. Unseres Erachtens es nicht mehr lange gedauert und die Unternehmern hätten geben, Zustimmung war so vorhanden. Nun, wir werden ja das eine ist sicher, hätten wir hier die Majorität, dann würde jetzt seitens der Gegner einen Zusammenstoß annehmen, was Unfähigkeit und Unmässigkeit unserer Kollegen! Wir wollen nicht tun, aber unsere Lehren hieraus ziehen. Der Streik hat jetzt neun Wochen.

station in auswärtige Orte, bevor nicht wir dort ange-  
 haben, zu organisieren. Selbst rein katholische Orte,  
 schließt und Bad Orb, ließ der Herr Sekretär links  
 solange wir nicht dort festen Fuß gefaßt hatten. Dann  
 aber die Christlichen als Organisationszerstörer.“  
 „Jede Bedenker fauchte hierauf der „Vollstimme“ folgende  
 Antwort zu: „In der am Mittwoch, den 29. August, statt-  
 findenden Versammlung des Zentralverbandes der Maurer  
 nach dem Bericht in Nr. 202 der „Vollstimme“ der  
 jede dieses Verbandes neben anderen, durch nichts be-  
 anspruchungen gegen meinen Verband u. a. folgen des  
 oder man suchte durch direkt schwindelhafte Angaben  
 den Boden abzugraben, denn der allchristliche Arbeiter-  
 Bedenker in Frankfurt a. M. hat z. B. in Gelnhausen  
 schließt, sie (die Christlichen) hätten in Frank-  
 100 Mitglieder.“ — Es trifft dies nicht zu. Eine solche  
 ung oder auch nur ähnliche, habe ich weder in Frank-  
 noch sonst irgendwo getan. Damit fällt der „Schwindel“  
 selbst zusammen.“

„Offenbacher Abendblatt“, Organ des Erabgeordneten  
 nahm von dieser Berichtigung keine Notiz. Hierauf  
 Schneider in der „Vollstimme“:

„In der Berichtigung des christlichen Bezirksvorsitzenden  
 anhandwerker, den Versammlungsbericht in Nr. 202 der  
 „Vollstimme“ betreffend, erklären wir, daß nicht Bedenker, sondern  
 christliche Botenbeamte der Bauhandwerker, D. Schleichner,  
 die Versammlung in Höchst bei Gelnhausen die Kreuzung  
 (die Christlichen) hätten in Frankfurt 7000 Mitglieder.  
 Bedenker, verschiedenen Maurern in Gelnhausen offenbarte,  
 Versammlungsberichte bereits angekündet, aber nicht für  
 verständlich genug. Zur Zeit der Lohnbewegung in Geln-  
 fragten die Maurer aus Bad Orb bei Bedenker an, ob er  
 auch einmal nach Bad Orb kommen wolle, dort seien  
 eine und Arbeitsverhältnisse sehr schlecht; die freie Gewerk-  
 habe auch eine Zahlstelle gegründet, und da die Kollegen  
 ist katholisch seien, wäre doch etwas zu erreichen. Da  
 Bedenker dies alles sei ihm wohl bekannt; er hätte aber  
 Agitation in Bad Orb vorläufig Abstand genommen,  
 es nicht schließlich heiße, die Christlichen seien es, welche  
 Bedenker aufheben und unzufrieden machen. Boreest über-  
 dies der sozialdemokratischen Gewerkschaft, und später  
 er schon auch dorthin. Dieses Eingeständnis ist zwar  
 neues, denn von dieser Art, der Christlichen können alle  
 schäften ein Lied singen, und während von Beispielen  
 ist können angeführt werden. Aber die Offenheit, mit  
 Bedenker hierbei anspricht, zu welchem Zweck die christ-  
 Gewerkschaften gegründet sind, ist von Bedeutung. Hier  
 wie überall; erst wenn die freie Gewerkschaft fest  
 steht hat und man einig dem Ziele zusteuert, kommen  
 christlichen und bringen Uneinigkeit und Zersplitterung  
 Minderheit der Arbeiter. Dies hat Bedenker in Gelnhausen  
 ausgesprochen.“

„In den Worten, fobiel Äußerungen. Zuerst gibt Schneider zu, eine  
 Agitation gegen Kollegen Bedenker selbst in die Defestlich-  
 schleudert zu haben, schiebt es dann aber auf Kollegen  
 über. Auch dieses ist nichts als purer Schwindel, eben-  
 folgende: Es haben nie Maurer aus Orb bei Kollegen  
 angefragt, ob er nicht einmal nach dort kommen möge,  
 auch das andere vollständig hinfällig wird. Es sind  
 wichtige Ziffernangaben, die Schneider sich aus den Fingern  
 haben kann, oder er muß Namen nennen. Wir haben  
 bereits früher einmal in einer anderen Sache für  
 falschen Äußerungen und Schwindler erklärt, bis er den Wahr-  
 weis dafür erbringe. Er hat es nicht getan. Wir wieder-  
 dieses heute wiederum; hoffentlich läßt er diesmal nicht  
 zu hören, er soll aber auch nicht vergeßen, die Duzende  
 spielen anzuführen. Wer selbst im öffentlichen Leben  
 und es trägt solche Behauptungen auszusprechen, muß  
 allen Umständen die Beweise hierfür erbringen.“

„Wir diesen Erguß lasen, fragten wir uns: Wo fehlt's  
 deutlich wieder bei den „Genossenführern“? Was-  
 ist etwa eine Gehaltserhöhung für sich, oder eine  
 Erhöhung? Wir haben nämlich schon die Beobachtung  
 daß bei solchen Anlässen die „Christlichen“ und der  
 „Benediktine Kampf“ gegen dieselben, in den grellsten Farben  
 wird, wir brauchen nur an Offenbach mit den  
 erinnern. Und überall sind die „Heiligen“ Beamten  
 aber selbst „reinkatholische Orte“ ließ der christliche  
 links liegen. Als ob das „Reinkatholische“ bei uns  
 in Frage käme. Gefragt muß aber werden, ob  
 überhaupt Veranlassung hat, davon zu reden, er  
 oder dort gewesen und die Christlichen nicht. Schneider  
 nur zu gut, daß der Bezirk des Kollegen Bedenker be-  
 größer ist, wie ihr eigener Gau; denn Cassel bildet  
 in einen eigenen, das Siegerland gehört zum Gau Hölz,  
 in unserem Verbaude beide Bezirke zu Frankfurt a. M.  
 In diesem Bezirk steht Kollege Bedenker mit zwei Be-  
 amten in Frankfurt und einen in Siegen, sowie einen  
 in Fulda. Und die Genossen? In Frankfurt vier,  
 in Mainz und Wiesbaden, zwei  
 in, teilweise einen in Coblenz und einen in Cassel.  
 In diesen Bezirken sind zwei Beamte der Zimmerer, zwei der Bauhilfs-  
 und einen der Dachbedenker. In der zweiten Quartals-  
 versammlung des Zweigvereins Frankfurt der Maurer sind aber  
 1350 Mark Verwaltungskosten, noch 1094,77  
 in Agitation und statistische Ausgaben verzeichnet. Hier-  
 auf man gut zwei weitere ständige Beamte annehmen,  
 die roten Maurer in Frankfurt allein sechs Beamte  
 Es kommen also 18 sozialdemokratische Beamte gegen  
 vier unterseits. Da ist denn die Frage wohl be-  
 ob das „Billeter Schneiderei“ noch Veranlassung hat  
 zu geben. Wir können aber trotzdem verraten, daß wir  
 manchen Orten eher waren, als man daran dachte, das  
 werde als „Segen“ für Frankfurt zu engagieren. Und  
 der Billeter hinaus ist Schneider ja so wie so nicht ge-  
 we. Wir fragen bei dieser Gelegenheit auch einmal  
 Bedenker an, wie es mit der Unterschrift des Unter-  
 karl Denkward unter dem Gelnhäuser Vertrag steht;  
 behauptet nämlich unserem Kollegen Schleichner gegenüber,  
 nichts unterschrieben, trotzdem seine Name unter  
 Vertrag. Das erinnert uns an Marburg, anlässlich des  
 Vertragsabschlusses. Die beiden Kommissionsmitglieder  
 und Wellner freigesetzt, behaupteten nämlich uns gegen-  
 über den Vertrag unterschrieben zu haben. Trotzdem hatten  
 Vertrag mit ihrer Unterschrift in den Händen. Wie  
 sich gegangen, können wir allerdings nicht sagen.  
 ant unter den Ausgaben des Frankfurter roten Zweig-  
 und auch die 200 Mark für die russische Revolution,  
 hat also das Geld „loser“ gesehen, als wie in 1904  
 Ausperrung. Damals wurde den Unverheirateten die  
 ung entzogen; für die russische Revolution ist Geld  
 Es ist so: Die bürgerlichen Kähler wählen ihre

„Nicht sei. Als er „Christlich“ geantwortet hatte, sollte er sich  
 sofort umschreiben lassen, denn ein richtiger Maurer sei nur im  
 freien Maurerverbände. (Nebenbei sei bemerkt, daß einer  
 von diesen Heiden bei einer Werner Firma kurz vorher wegen  
 minderwertiger Arbeitsleistung entlassen und mit 48 Pf. ent-  
 lohnt worden ist. Also das sind diese Tüchtigen!) Nachdem  
 er nun erklärt hatte, sie sollten sich jedes weitere Wort sparen,  
 der Fischzug wäre unnütz, brachte man das ganze Schimpf-  
 lexikon der Genossen in Anwendung. Worte wie: „Christus, geh“ nach  
 Kamerun und laß dich ans Kreuz nageln, Jesus, Speichellecker,  
 Pfaffenknecht“ usw. mußte er zu hören bekommen. Die bunt-  
 gemalten Stein- und Speißträger, an denen es natürlich auch  
 nicht gefehlt habe, hätten gerufen: jetzt kommt christl. Speiß  
 für Jesus, und hätten den Kübel mit steifem Dreck zum Ueber-  
 laufen vollgeschleppt. Der Appetit in der Besprechung sei etwas  
 dadurch angeregt worden, daß ein total betrunkenen Speiß-  
 macher, welcher vorher aus der Mörchelspanne gezogen worden  
 war, die Bude verunreinigte. (Note Baubudenordnung.) Nach  
 Besper ist die ganze Bude sitzen geblieben. Hierauf sei ihm  
 von dem Voller erklärt worden, daß die Genossen mit einem  
 Christlichen nicht weiterarbeiten wollten und er sich selber ent-  
 lassen müsse. Nach einer Arbeitszeit von 2 1/2 Stunden sei er dank  
 der Brüderlichkeitshelmen wieder ausgesperrt gewesen. Nach-  
 dem Kollege Fritz noch einige andere Beispiele von Terrorismus  
 der Genossen zur Sprache gebracht, ermunterte er die An-  
 wesenden, den Genossen die Antwort auf ihr freibekanntes Spiel  
 zu geben, indem sie so lange agitieren sollten, bis auch der  
 letzte noch christlich gesinnte Arbeiter in unseren Reihen sei; dieses  
 sei der wirksamste Damm, den wir solcher Gesellschaft entgegen-  
 setzen könnten. Hierauf wurde dem Bezirksleiter Kommen das  
 Wort erteilt. Er hob hervor, daß die Terrorismuskfälle sich  
 wohl erklären ließen, denn angehts des steten Emporwachsens  
 der christlichen Gewerkschaften könnten sie ihre Wut nicht mehr  
 verbergen, doch hätten die Fälle erheblich abgenommen. Man  
 wolle es sich noch überlegen, ob man solche Lobberuben nicht  
 dem Staatsanwalt überliefern, dort könnten sie am besten über  
 ihr verwerfliches Tun nachdenken und sehen, was es hiesse, einen  
 anderseitsgenannten Kollegen brotlos zu machen. In Dortmund  
 sei nämlich vergangene Woche derselbe Fall passiert. Sodann  
 kam Redner auf die roten Propheten, welche die christlichen  
 Gewerkschaften fortzuputzen gedenken, zu sprechen. Ein Gewerk-  
 schaftsführer, welcher schon zwei Duzendmal vorbestraft sei wegen  
 Landstreicherei usw. und auch schon Zinsasse einer Besserungs-  
 anstalt gewesen sei, könne nicht einst genommen werden. Solche  
 Arbeiterverräter würden uns nichts anhaben können. Nachdem  
 er noch kurz die Uneinigkeiten des roten Parteitages gestreift  
 hatte, kam er auf die Winteragitation zu sprechen und forderte  
 sämtliche Kollegen auf, diesen Winter in ihrer Heimat kräftig  
 zu agitieren und den letzten Mann den christlichen Gewerkschaften  
 zuzuführen. Ebenfalls werden, Winteragitationen, wo solche noch  
 nicht vorhanden, errichtet werden, damit den Erklärer: besser  
 auf die Finger gesehen werden könne. Dann machte Redner  
 darauf aufmerksam, daß die in den Zahlstellen vorhandenen  
 Schlester dem Vorstände ihre Adresse zurücklassen möchten, damit  
 letzterer diese dem Bezirk Dortmund mitteilen kann; von Dort-  
 mund aus werden die Adressen dem Bezirksleiter Ehrhardt in  
 Kattowitz übermittelt, der sich dann mit den betreffenden Mit-  
 gliedern direkt in Verbindung setzen kann, wodurch die Agitation  
 in Schlesien viel erleichtert würde. Gerade nach dem Gewerk-  
 schaftskongress in Breslau schlugen die Wogen in Schlesien  
 für die christliche Gewerkschaftsbewegung höher. Auch steht  
 gerade dort noch ein großes Arbeitsfeld für uns offen. Die  
 einständige Rede des Kollegen Kommen wurde mit Beifall auf-  
 genommen. In der Diskussion kam nichts Wesentliches vor.  
 Punkt 4 der Tagesordnung: Ergänzungswahl des Vorstandes,  
 wurde durch das Abreisen einiger Vorstandsmitglieder nötig.  
 Kollege Ferdinand Gröblich wurde zum zweiten Vorsitzenden und  
 Franz Kraus zum Schriftführer gewählt. Selbige nahmen die  
 Wahl an und versprachen, ihre Kräfte in den Dienst der Sache  
 zu stellen. Zu Punkt „Verschiedenes“ wurden die Kollegen Fritz  
 und Joh. Seef als Delegierte zu der am 30. September in  
 Dortmund stattfindenden Bezirkskonferenz gewählt. Sodann for-  
 derte Kollege Fritz die Mitglieder auf, die Restbeiträge für  
 dieses Quartal zu entrichten, damit unser Kassierer die Ab-  
 rechnung komplett fertigstellen könne. Es machte doch einen  
 besseren Eindruck, als wenn noch verschiedene mit Restbeiträgen  
 beständen. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, regel-  
 mäßig die Versammlung zu besuchen, damit wir auch nach  
 außen hin imponieren, und schloß hierauf die so anregend ver-  
 laufene Versammlung.“

„Dbe, den 6. Oktober. Die Interessenlosigkeit und Rauheit  
 so vieler Kollegen ist hier recht groß. Am besten kommt dieses  
 in den Versammlungen zum Ausdruck, die meist schlecht besucht  
 sind. Soll das denn gar nicht anders werden? Können sich  
 denn unsere heiligen Kollegen so schwer mit dem Gewerkschafts-  
 gedanken, mit der Solidarität der Arbeiter, vertraut machen?  
 Ist denselben denn der alte Schindrian und Gleichgültigkeits-  
 sumpf lieber, wie eine strebsame, selbständig denkende Arbeiter-  
 schaft? Man muß das erstere annehmen. Und gerade bei  
 uns wäre ein reger Geist so nötig. Doch immer gibt es  
 Leute in unserem Verbaude hier selbst, die sich gerne drücken vor  
 der Organisation, denen der kleine Beitrag ein zu großes Opfer  
 dünkt, die natürlich bei Bewegungen am liebsten in der Karre  
 das Geld holen. Auch solche gibt es, die immer ernten wollen,  
 wo sie nicht gesät haben, die sich auf uns stützen, statt zu  
 helfen. Spür über diese Memmen und Ausbeuter! Kollegen,  
 zeigen wir mehr Eifer, denn wenn wir Organisierten schlafen,  
 kann das Unkraut schon wuchern. Also zeigt mehr Interesse,  
 kommt in die Versammlungen, damit wir vorwärts, statt rück-  
 wärts kommen!“

„Worbis, 6. Oktober. Am 20. Januar 1906 wurde unsere  
 Zahlstelle gegründet. Am 28. Juli konnten wir schon die  
 Früchte unserer jungen Zahlstelle merken, denn früher erhielten  
 die Maurer einen Stundenlohn von 30 Pf., am 28. Juli d. J.  
 erhielten selbe, nachdem wir bei dem Unternehmer vorstellig ge-  
 wesen waren, 34 Pf. die Stunde, was in unserer Gegend  
 und in der kurzen Zeit schon sehr viel bedeutet. Kollegen, unsere  
 Pflicht ist es, jetzt weiter an der Ausbannung unserer Zahlstelle  
 zu arbeiten; bedenkt die schönen Worte unseres Bezirksleiters  
 Hilbebrandt von Hannover und auch des Kollegen Seeboth von  
 Kirchvorbis: Der einzelne Arbeiter ist eine Null! Einigkeit macht  
 Kraft. Worbiser Kollegen, besucht die Versammlungen besser.“

„Monsdorf. Eine am 19. September hier selbst ausgeführte  
 Baubudenkontrolle hat ein äußerst betrübendes Bild gezeichnet, wie  
 man die wenigen Schutzbestimmungen außer acht läßt und um-  
 geht. Es ist geradezu ein Hohn auf unsere Bauarbeiter-  
 schutzgesetzgebung. Von den am 15-20. Neubauten, die  
 dort ausgeführt werden, befinden sich noch wenige im Stadium  
 des Rohbaues, so daß über Abdeckung und Gerüstbau weniger  
 konstatiert werden konnte, aber leider läßt auch dieses noch  
 viel zu wünschen übrig. Was aber Baubuden und Worte  
 anbetrifft, so spottet dieses aller Beschreibung. Fast in allen  
 Baubuden fehlt der Fußboden, die Höhe reicht kaum zum  
 Gerüststellen, ist auch nicht notwendig, nach Ansichten der  
 Arbeitgeber! Verbandskassen gibt's überhaupt nicht, wenn mal  
 jemand veranlagt, dann wird er eben mit dem Taschentuch  
 verbunden. Die Unfallverhütungsvorschriften fehlen, mit Aus-  
 nahme von zwei Stellen, überall. Baubudenreinigung kennt  
 man auch nicht. Stellenweise stolpert man im Butterpapier,  
 überhaupt sind diese Baubuden mehr Materialbuden, als Unter-  
 kunftsräume für Arbeiter. Einen Tisch in der Bude bezeichnet  
 man als Luxus. Wind- und wetterdichte Daken, diese von  
 Oktober an herbar, tut man als angeordnetes Verlangen der  
 Arbeiter ab. Mit den Worten ist's nicht besser. Es ist be-  
 zeichnend, daß sonst jedes schamlose Vergehen auf das empfind-  
 lichste geahndet wird, aber hier scheint man keine Augen dafür  
 zu haben, denn Worte, wo man von allen Ecken und Enden  
 hineinrufen kann, wenn der Arbeiter seine Notdurft verrichtet,  
 bedeuten auch ein Vergehen gegen die guten Sitten. Ganz haar-  
 sträubende Zustände herrschen aber bei einer Firma von Ober-  
 selb, die zurzeit eine Sprengstoff-Fabrik dort aufzuführen. War  
 man auf den anderen Baustellen der Kontrolle noch freundlich  
 entgegengekommen, so war man hier aber anders gesonnen.  
 Als ich unser Kollege dort vorstellte und höflich bat, Baubude  
 und Abort einmal zu sehen, wurde ihm bedeutet, daß man sich  
 keine Vorschriften machen lasse, und mit dem Verbaude hätte  
 man nichts zu tun, ja, man forderte ihn auf, die Baustelle  
 zu verlassen! Der Klammhakenpoler konnte sich dieses  
 erlauben, da ja nur Arbeitselemente dort vorberstehen, die  
 den organisierten Kollegen bei jeder Gelegenheit ihr Vorwärts-  
 streben erschweren, so auch beim Streit in Oberfeld und  
 Darmen. Diese „braven, willigen“ Kollegen sind eben mit allem  
 zufrieden. Ihre Frühstück, Mittag und Abendbrot nehmen sie in der  
 Kalkbude ein, ihre Notdurft verrichten sie im angrenzenden  
 Busche, ohne Murren stellen sie sich an die gefährlichsten Stellen  
 der zweiten und dritten Etage, ohne daß nur ein einziges Schutz-  
 gerüst oder eine einzige Balkenlage abgedeckt wäre; da ist  
 es wahrlich kein Wunder, wenn die Reform des Bauarbeiter-  
 schutzes zum Einschlafen kommen muß. Kommt aber ein Un-  
 glücksfall vor, dann sagen auch solche Elemente von wirklichen  
 Sklaven, die Organisation legt sich nicht gegen solche Mißstände  
 auf, bedenken aber gar nicht, daß sie es sind, die den organi-  
 sierten Kollegen diese Arbeit erschweren. Also wollen wir bessere  
 jährigen Forderung Anerkennung verschaffen, nämlich reichs-  
 gesetzliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes, dann Mann für  
 Mann auf seinen Posten und Protest erhoben gegen solche  
 unwürdigen Zustände, hinein in den Zentralverband christlicher  
 Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, der es sich  
 als Hauptaufgabe mit gestellt hat, vor allem das Leben und  
 die Gesundheit eines jeden Bauarbeiters zu schützen.“

„Gamburg, 4. Oktober. Auch hier regt sich mehr und mehr  
 das gewerkschaftliche Leben in unserem Lager. Mittheilungen tun  
 auch oft unsere Genossen von der roten Couleur, die ja meinen,  
 Hamburg in Erbpacht zu haben. So hatten wir kürzlich den  
 demchristlichen Beweis hierfür. In einem Neubau in der Spital-  
 straße arbeiteten 1/3 „Freie“ und 1/3 christlich organisierte Maurer  
 ganz friedlich zusammen. Das war dem Vorsitzenden der ersten  
 (S.) nicht recht. Die Christlichen sollten herunter von dem Bau.  
 Bei dem Voller hatte er kein Glück, also versuchte er es mit  
 einer Baustellensitzung, um die Genossen scharf gegen uns zu  
 machen. Als dann dieselben bei dem Meister unsere Entlassung  
 forderten, bissen sie auf Granit, denn derselbe machte den  
 Koalitionsraub nicht mit. Um aber auch die Leute im eigenen  
 Lager, die ebenfalls nicht mitgemacht hätten, nicht zu verlieren,  
 drehte man wieder die Bremse an. Also unsere Kollegen arbeiten  
 weiter. Ein Fall, der uns lehrt: Zusammenhalten macht stark  
 und imponiert dem Gegner. — In der Versammlung am  
 Donnerstag, den 20. September d. J., sprach der stell-  
 vorsetzende Vogler über die Frage: „Ist die christl. Gewerkschafts-  
 bewegung eine Kulturbewegung?“ Eingehend auf die freien  
 und Fisch-Zunderschen Gewerkschaften, wies Redner nach, daß  
 erstere durch Einschwenkung in das sozialdemokratische Lager,  
 Verächtlichmachung des Christentums, Erziehung ihrer Mit-  
 glieder zur materialistischen Weltanschauung, zur Unzufriedenheit,  
 zum Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, zu Gewalt-  
 tätigkeiten gegen die christlich gesinnten Mitarbeiter kultur-  
 schädigend gewirkt und so herbeigeführt haben, daß die christ-  
 lichen Arbeiter eigene Organisationen gründen mußten. Die  
 Fisch-Zunderschen Gewerkschaften hätten von vornherein zu viel  
 Gewicht auf die Stärkung ihrer Unterstufungsklassen gelegt und  
 zu wenig für die Verbesserung und Berechtigung der Lebens-  
 haltung ihrer Mitglieder getan; sie seien nicht mit der Zeit  
 vorangeschritten und könnten deshalb nicht beanspruchen, eine  
 Kulturbewegung zu sein. Die christl. Gewerkschaftsbewegung, die  
 sich freihält von aller Parteipolitik, die die Verbesserung und  
 Berechtigung der Lebenshaltung der Arbeiter als ihr erstrebens-  
 wertestes Ziel betrachtet, die durch geistige Bildung und Schulung  
 den Arbeiterstand auf eine höhere Stufe zu heben und dessen  
 Gleichberechtigung herbeizuführen bestrebt ist, die den Arbeiter  
 zur Manneszucht und Gesittung anhält und erzieht, könne mit  
 Recht von sich sagen, daß sie eine Kulturbewegung im wahren  
 Sinne des Wortes sei. Nach einer regen Diskussion, die sich  
 im Sinne des Referenten bewegte und Erlebigung einiger interner  
 Angelegenheiten, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche auf  
 einen künftig besseren Versammlungsbesuch die Versammlung.“

„NB. Kollegen von Hamburg! Vergesst nicht, daß wir nur  
 durch eifrige Pflichterfüllung und Einsetzung der ganzen Kraft  
 eines jeden einzelnen den christlichen Bauhandwerkerverband  
 an der nordischen Wasserfronte zur weiteren Entfaltung bringen  
 können. Die Raueit und Gleichgültigkeit darf sich weder in  
 der Werbearbeit, noch im Versammlungsbesuch zeigen. Mutig  
 vorwärts mit jugendlichem Eifer, mit vereinter Kraft, das muß  
 unsere Lösung sein!“

„Etelg, 7. Oktober. Heute tagte hier selbst eine öffentliche  
 Versammlung in unserem Verbandslokal, in welcher Verbands-  
 sekretär Zumbrodt ein Referat über die Stellung der Gewerk-  
 schaften zu Religion und Parteipolitik hielt. Jeder Stand sucht  
 heutzutage seine materielle und wirtschaftliche Lage zu ver-  
 bessern. Auch die Arbeiter sehen die Notwendigkeit ein, sich  
 zu verbinden. Da wäre eine Organisation nötig gewesen, um  
 eine Zersplitterung der Kräfte zu verhüten; doch die älteren  
 Organisationen gerieten in sozialdemokratisches Fahrwasser und  
 statt freier Verbände hatten wir die sozialdemokratischen.  
 Diese stehen auf dem Boden des Materialismus, des Atheis-  
 mus, was Redner des näheren nachweist. Auf solchem Boden  
 sind friedliche Entwicklungen nicht möglich, solche Anschauungen  
 schlagen den Ansichten christlicher Arbeiter ins Gesicht. Auch  
 den sozial. Fußstapfen zu folgen, ist einem christlichen Ar-  
 beiter nicht möglich. Da waren christliche Verbände nötig. Hier  
 sucht man im christlichen Sinne die sozialen Gegensätze aus-  
 zugleichen, im Sinne der Gerechtigkeit des Arbeiters Lage zu  
 bessern. Politisch muß und soll sich jeder betätigen. Aber  
 frei und ungehindert folge jeder seiner Neigung, wir zwingen  
 und beeinflussen niemanden zu irgend einer politischen Rich-  
 tung. Vor allen Dingen müssen wir die Jugend zu uns heran-  
 ziehen. Reicher Beifall lohnte den Redner. In der Diskussion  
 wurden die Mitglieder zu fleißiger Schulung, zu reger Teil-  
 nahme an den Diskussionen ermahnt. Nachdem der Redner  
 noch zu treuem Festhalten an der Organisation aufgefordert,  
 schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten Hoch auf den  
 christlichen Verband die anregende Versammlung.“

„Menden i. W., 7. Oktober. Heute fand eine Mitglieder-  
 Versammlung statt, in welcher auch Kollege Wigand aus Her-  
 lach, der sowie auch Kollege Uitz und andere Kollegen aus  
 Herlach, bei der Gründung unserer Zahlstelle kräftig mit-  
 gewirkt hatte, amwesend war. Unter derzeitiger Vorsitzener,  
 Kollege Gumer hielt einen beifällig aufgenommenen Vor-  
 trag über die Unfall-Vericherungs-Gesetzgebung; in diesem  
 legte er die einzelnen Paragraphen, welche die Kollegen wissen  
 müssen, eingehend auseinander. Des ferneren teilte Kollege  
 Gumer mit, daß diesen Winter hier ein sozialer Unterrichts-  
 kursus stattfinden würde; er bat die Kollegen sich hierzu fleißig  
 zu beteiligen. Ueber den Vortrag, sowie über den Unterrichts-  
 kursus wurde lebhaft diskutiert. Unter Verschiedenes brachten  
 die Kollegen Bildung und Gumer hier in der letzten Nummer  
 unseres Organes stehenden Bericht zur Sprache. Kollege Gumer  
 betonte ausdrücklich, daß er die Meinung zur Gründung unserer

